

Aus den Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung.

Die gesetzgebenden Rätche der Eidgenossenschaft haben am 29. Juni 1878 ihre ordentliche Sommersession abgebrochen. Nach ihrem Beschlusse vom 19. Juni werden sie zur Fortsetzung der Sommersession am 29. Juli nächstkünftig wieder zusammentreten.

Die von den Rätchen während 4 Wochen (vom 3.—29. Juni) erledigten 28 Geschäfte sind folgende:

1. Die Prüfung der Wahlakten.
2. Die Bestellung der Bureaux.
3. Die Geschäftsführung des Bundesrathes und des Bundesgerichts im Jahr 1877.
4. Die eidg. Staatsrechnung vom Jahr 1877.
5. Die Regulirung der schweizerisch-badischen Grenze bei Konstanz.
6. Der neue Zolltarif.
7. Das Bulletin über die Verhandlungen der Gotthardbahnfrage.
8. Die Konzessionsänderung für die Zürichsee-Gotthardbahn.
9. Der Betriebsvertrag für die Eisenbahnstrecke Rapperswil-Pfäffikon.
10. Der Betriebsvertrag für die Pferdebahn Bözingen-Biel-Nidau.
11. Die Fristverlängerung für die Genfer Pferdebahn Chêne-Bougeries-Moillesulaz.
12. Die Konzessionsänderung für die Eisenbahn Lausanne-Echallens.
13. Die Fristverlängerung für die Touristenbahnen im Berner Oberland.
14. Der Betriebsvertrag für die Eisenbahn Rigi-Kaltbad-Scheidegg.
15. Das Militärpflichtersatzgesetz.
16. Die Militärdienstbefreiung der Sekundärärzte.
17. Die Erweiterung des Waffenplatzes Thun.
18. Die Gewährleistung eines Verfassungsgesetzes des Kantons Zürich.
19. Die Gewährleistung eines Verfassungsgesetzes des Kantons Tessin.

20. Die Interpellation von Hrn. Nationalrath Frey und Andern, betreffend die Vorgänge in Chêne-Bourg (Genf).
21. Fünf Motionen von Nationalräthen, nämlich :
 - a. des Herrn Dr. Joos, betreffend das Verbot der Fabrikation von Phosphorzündhölzchen ;
 - b. des Herrn Jolissaint, betreffend ergänzende Bestimmungen über die Eisenbahnpolizei ;
 - c. der Herren Vautier und Du Plessis, betreffend die durch Deserteurs den Grenzkantonen verursachten Kosten ;
 - d. des Herrn Dietler, betreffend Haftpflichtbeschränkung mit Rücksicht auf das Bahnpolizeigesetz ;
 - e. des Herrn Dr. Joos, betreffend Schwabengängerei.
22. Die Wildhuthkosten in den Jagdbannbezirken.
23. Die eidg. Kassenscheine.
24. Das Begnadigungsgesuch des gewesenen Wachtmeisters Karl Fischer, von Genf, verurtheilt wegen Insubordination.
(Das Gesuch wurde am 13. Juni von der Vereinigten Bundesversammlung abgewiesen.)

Verscho ben wurden folgende Traktanden :

1. Die Ergänzung der Bundesgesetze über Abstimmungen und über das Referendum.
2. Die Organisation des Bundesrathes.
3. Die theilweise Abänderung des Besoldungsgesetzes.
4. Die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen.
5. Die Subventionen für Gewässerkorrekturen.
6. Die Geldkontingente.
7. Die Subvention für das Gotthardbahnunternehmen.
8. Die Kriegsmaterialbeschaffung für das Jahr 1879.
9. Die Nachtragskredite für das Jahr 1878.
10. Der Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden.
11. Die Handelskonvention mit Rumänien.
12. Die von der Société intercantonale des industries du Jura nachgesuchte Abänderung vom Artikel 19 im Posttaxengesetz, betreffend die Taxe für kleinere Fahrpoststücke.
13. Die Reiseentschädigung der Mitglieder des Nationalrathes, der Kommissionen der Bundesversammlung, der Bundesrichter und ihrer Ersazmänner etc.

14. Die Triangulation im eidg. Forstgebiet.
15. Die Fortsetzung der Ullmer'schen Sammlung, betreffend Veröffentlichung von Administrativentscheiden.
16. Der Sold der Stabsfouriere.
17. Die Fristverlängerung für die Eisenbahnstrecke Urnäsch-Appenzell.
18. Die Sicherstellung der Kranken-, Unterstützungs- und Pensionskassen der Eisenbahngesellschaften.
19. Die Motion des Herrn Nationalrath St ä m p f l i und Anderer, betreffend Beseitigung von Mißständen im Eisenbahnwesen.
20. Fünf Rekurse, nämlich :
 - a. der Elisabeth Baumann, in Rechthalten (Freiburg), betreffend Aufenthaltsgebühren ;
 - b. des Gemeinderaths von Delsberg, betreffend Bestrafung des Vorkaufs von Lebensmitteln ;
 - c. der Gemeinde Großwangen, betreffend Einbürgerung der Nachkommen eines Adolf Albiser ;
 - d. des W. Ehrenberg, Telephon-Ersteller, betreffend die bundesrätliche Verordnung über Telephon-Konzessionen ;
 - e. von Tessinern in Genf, betreffend Aufenthaltsgebühren.
21. Die Beschwerde des Eugène Jaccard, in Ste. Croix (Waadt), wegen Rechtsverweigerung seitens der waadtländischen Behörden.
22. Die Beschwerde des Niklaus Spitz, in Riesbach, betreffend Steuerpflicht der Aufenthalter im Kanton Zürich.
23. Die Petition von Bürgern aus Ormonds-dessous (Waadt), für Abänderung des Artikels 28 im Bundesgesetz über Civilstand und Ehe.

Zwei Motionen von Nationalräthen sind von denselben zurückgezogen worden, nämlich diejenige

von Herrn J. J. Keller, betreffend Banknotendekung, und
 " " J. L. Forrer, betreffend Revision kantonaler Banknotengesetze.

Aus den Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1878
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	32
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.07.1878
Date	
Data	
Seite	175-177
Page	
Pagina	
Ref. No	10 010 025

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.